

# Deutschland-Journal

Sonderausgabe  
Dokumentation zum Seminar am 12. April 2008

## Wie kann Deutschland die Zukunft meistern?

Die Vorträge, Fragen und Antworten  
wurden für die Dokumentation redigiert.

swg

---

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

## Kleine swg-Reihe, Heft 75

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
**Deutschland Journal:** Fragen zur Zeit; aus unserem  
Arbeitsprogramm .../Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft  
e. V. – Hamburg: Swg.  
Bis 1990 u. d. T.: Fragen zur Zeit  
ISSN 0944-324X Wie kann Deutschland die Zukunft meistern?

2008  
(Kleine Swg-Reihe: H. 75)  
ISBN 3-88527-100-1

---

© 2008 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.  
Oberstraße 14 b – 20144 Hamburg  
Geschäftsstelle: Postfach 26 18 27, 20508 Hamburg  
Telefon: 0 40 / 41 40 08 28 – Telefax: 0 40 / 41 40 08 48  
eMail: [geschaeftsstelle@swg-hamburg.de](mailto:geschaeftsstelle@swg-hamburg.de) – Internet: [www.swg-hamburg.de](http://www.swg-hamburg.de)  
Bankverbindung: Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) Nr. 3396 14 - 200  
Redaktion: Manfred Backerra  
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer  
ISSN 0944-324X  
ISBN 3-88527-100-1

# Wie kann Deutschland die Zukunft meistern?

## Inhalt

Manfred Backerra	Einführung	5
Karl Albrecht Schachtschneider	Freiheit und Recht in der EU	11
Henry Nitzsche	Was ist faul in Deutschland?	47
Menno Aden	Nationale Interessen	69
	Aussprache mit den Referenten	95
	Programm mit Vorstellung der Referenten	119

## Anhang

Würdigung des Vorsitzenden der SWG 1995–2008	123
Denken und handeln für die Zukunft eines Staates Aus den politischen Testamenten Friedrichs d. Gr.	125
Medaillen zum Regierungsantritt Friedrichs II. von Preußen	135
Fotos vom Seminartag	137



## Einführung

Die Frage „Wie kann Deutschland die Zukunft meistern?“ nimmt einiges als selbstverständlich an, das nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Es heißt nicht „Kann Deutschland die Zukunft meistern?“, wie man mit guten Gründen fragen könnte. Es wird vorausgesetzt, dass Deutschland die Zukunft meistern wird, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg, nach Napoleon und nach 1945, sodass es nur um das Wie geht. Dieser Optimismus ist nicht nur gut, sondern ehrlich gemeint, weil Deutschland viel Potenzial hat.

Es heißt einfach „Deutschland“. Warum nicht „Europäische Union“, an die wir immer mehr von unserer Staatlichkeit abgeben? Nun, bestünde die EU wie der Deutsche Zollverein ab 1834, aus Ländern eines Volkes, das über die Grenzen hinweg mehr als politisches Interesse verbindet, dann könnte man auch „Europäische Union“ sagen. Doch die EU umfasst eigenständige Völker, die selbst in den großen Medien kaum eine gemeinsame Agenda haben.

Sodann ganz praktisch: Was ist trotz der deutschen Talk-Show-Sprechblase „ich fühle mich in erster Linie als Europäer“ für die Bürger hinsichtlich Sicherheit, Recht, Fürsorge die letzte Instanz? Doch wohl der eigene Staat, selbst, wenn die Bürger ihrem Staat über die EU oft bestimmte Regelungen aufzwingen. Kein Volk will sich ernsthaft in der EU auflösen.

Der Staat ist bisher immer noch die letzte Einheit, in der Demokratie praktiziert wird. In einer demokratischen EU, müsste unter anderem jedes Land direkt proportional zur Zahl seiner Bürger im Europa-Parlament vertreten sein. Doch Malta hat 5, Deutschland 99 Abgeordnete. Da wir 206 mal so viele Einwohner wie Malta, aber nur knapp 20 mal so viele Abgeordnete haben, hat die Stimme eines Maltesers über 10 mal soviel Gewicht wie die eines Deutschen. Bei gleichem Stimmgewicht, ständen uns allein schon über 990 Abgeordnete zu – undenkbar. Wäre das Minimum ein Abgeordneter pro Land, müsste man vom kleinsten, Malta, mit 0,4 Mio. ausgehen. Die 493 Mio. Einwohner der EU<sup>1</sup> geteilt durch 0,4 ergäben, Auf- und Abrundungen vorausgesetzt, 1233 Abgeordnete – ein unsinniger Umfang.

---

1 EU-Daten vom Januar 2006

Selbst wenn das Parlament auf das vielleicht noch funktionable Maximum von 1000 statt jetzt 785 Abgeordneten vergrößert würde, müsste länderübergreifend gewählt werden. Wer will das? So ist schon wegen der ungleichen Repräsentanz nicht an ein demokratisch legitimes Staatsgebilde EU zu denken.<sup>2</sup> Auch deshalb bleibt der Staat der letzte Halt für den Bürger – wenn es mit rechten Dingen zugeht. Wie Sie gleich hören werden, geht es das aber nicht. Die EU entmannt die Staaten, paradoxerweise mit deren Placet. Nur die Staaten können das korrigieren. Es gehört ganz wesentlich zum Meistern der Zukunft, dieses Problem zu lösen, nicht nur für Deutschland.

Doch was heißt eigentlich „die Zukunft meistern“? Was ist der Erfolgsmaßstab? Ist er das Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg?

Wenn wir von räumlicher Größe und äußerem Glanz absehen – was hieße das? Eine Spitzenstellung auf fast allen Gebieten der Kultur und Zivilisation. Ein vorbildliches staatliches System von Schule, Ausbildung und Wissenschaft, die meisten Nobelpreise. Solideste Staatsfinanzen, weniger Steuern und Arbeitslosigkeit als in vergleichbaren Ländern. Eine höchst sparsame, effiziente Verwaltung. Eine Rechtsstaatlichkeit, die selbst vor dem Kaiser nicht halt machte. Ein kulturelles Selbstbewusstsein, das auch bewundernd nach außen schauen konnte. Kulturweitergabe, wie es zum Beispiel in Deutsch-Ostafrika die unglaublich vielen Grund- und Höheren Schulen bis zur Gewerbe- und Lehrerausbildung bewiesen – dabei wenig imperial: Unterricht in Deutsch wurde angeboten, war aber nicht verpflichtend.

Dieses und noch mehr aus der Vergangenheit kann und sollte uns sehr wohl Maßstab für innerer Größe sein. Denn nur damit können wir so gut mit unseren jetzigen Pfunden wuchern, dass wir die Herausforderungen der heutigen Welt bestmöglich bestehen. Wir haben viel an äußerer Größe verloren und können, wie vergleichbare Staaten, nicht mehr nach unseren Interessen weitestgehend selbstbestimmt handeln. Dafür hat Deutschland durch seine starke Wirtschaft, durch seine guten Beziehungen zu fast allen Staaten der Welt, über die EU, über die NATO, über die UNO und andere Institutionen, nicht zuletzt als Mitglied der G8 potenziell einen Einfluss in der Welt, welcher wohl den des Kaiserreiches übertrifft.

---

2 Nachträgliche Überlegung: Es sei denn, die Stimmen der Abgeordneten würden entsprechend der Bevölkerungszahl gewichtet. Im gegebenen Beispiel müsste die Stimme jedes deutschen Abgeordneten das 10-Fache der Stimme eines maltesischen Abgeordneten wiegen. Entsprechend wären die Stimmen der Abgeordneten anderer Staaten zu wichten. Abstimmungen könnten dann zwar nicht mehr durch Handzeichen erfolgen, doch dürfte dieses technische Problem zu lösen sein. Bisher steht diese Möglichkeit aber m.W. nicht zur Debatte. Warum nicht? Weil ein wirklich repräsentatives Europa-Parlament Rat und Kommission zu stark wäre?

Doch zunächst muss es das Lebensprinzip alles Lebendigen erfüllen, nämlich, seine Eigenart bewahren. Das verlangt vom Volk den Willen, ausgedrückt durch sein Verhalten, seine Entwicklung, die unter anderem auch die Integration von Einwanderern einschließt, selbst zu bestimmen, auch gegen innere und äußere Zwänge. Erfüllt das deutsche Volk zur Zeit diesen Maßstab? Wehrt es sich deutlich gegen die zum Totalitären tendierenden Eingriffe des Staates und der öffentlichen Klasse in sein Leben, Denken und Gedenken sowie gegen entsprechenden Druck von außen und von Eingewanderten? Oder versteckt es sich mit Masse in der politisch korrekten Schweigespirale in einer unerträglichen Atmosphäre der Unwahrhaftigkeit? Diese nannte mir ein renommierter amerikanischer Professor des Völkerrechts als Grund, einen für ihn sehr reizvollen Ruf nach Deutschland abzulehnen.

Der Staat wiederum muss zur Meisterung der Zukunft ganz schlicht die Staatszwecke erfüllen. Die Brockhaus-Enzyklopädie von 1973 zählt sie auf: Herstellen und Wahren des inneren Friedens und des Rechts, Schutz von Leben, Freiheit, Eigentum; Schutz nach außen; Förderung der materiellen Wohlfahrt in Wirtschaft, Verkehr und Sozialleben; Förderung der Wissenschaft und Kunst, der Bildung, der Erziehung und des Schutzes der Jugend. Prüft man, inwieweit der deutsche Staat diese Zwecke erfüllt, so stellt man seit geraumer Zeit Defizite fest, die es fraglich machen, ob sich damit die Zukunft meistern lässt. Übrigens fehlen die Staatszwecke in der 23 Jahre jüngeren Ausgabe der Enzyklopädie von 1996 – ist das Zufall? Diesen Komplex werden die Vortragenden besonders behandeln.

Schließlich sind zum Erfolg in der Politik zwei schlichte Grundforderungen zu beherzigen. Friedrich II., später der Große, zeigte sich beim Regierungsantritt auf dem Balkon des Berliner Schlosses eine halbe Stunde dem Volk, das zum ersten Mal begeistert erlebte, dass sein Monarch es so beachtete. Aus dem Schloss regnete es Gold- und Silbermünzen mit der Aufschrift: *VERITATI ET IUSTITIAE – Für Wahrheit und Gerechtigkeit*.<sup>3</sup> Dieser Wahlspruch war ihm, dem König, Verpflichtung. Er folgte ihr seine ganzen 46 Regierungsjahre, selbst wenn er einmal bei der Durchsetzung irrte.<sup>4</sup>

---

3 Wolfgang Venohr, *Fritz der König*, Gustav Lübbe Verlag Bergisch Gladbach 1981, S. 56; dort nur deutsche Übersetzung. Lateinische Originalfassung in: Manfred Oldig, *Die Medaillen auf Friedrich den Großen von Preußen 1712 bis 1786*, H. Gietl Verlag Regenstauf 2003, S. 514; Abbildung im Anhang

4 Zu seinen Kriegen, für die nach damaliger Auffassung *das Recht zum Kriege - ius ad bellum* galt: Vor dem ersten schlesischen Krieg hatte er Maria Theresia angeboten, ihren Gemahl als neuen Deutschen Kaiser anzuerkennen, wenn dafür seine Erbansprüche auf Schlesien erfüllt würden. Beim zweiten schlesischen Krieg kam er einem Angriff zuvor. Genauso beim Siebenjährigen

Gerade für heute, da Staat und Gesellschaft viel komplexer und unübersichtlicher sind als damals, sollte er Leitspruch sein. Er verlangt nämlich, staatliches Handeln bestmöglich auf Wahrheit, d.h. auf Tatsachen zu gründen. Privat oder beruflich tut das jeder, der eine Entscheidung fällt. Doch tut es die heutige Politik? Beruht der Einsatz in Afghanistan mit der Begründung, unsere Freiheit werde am Hindukusch verteidigt, auf Tatsachen? Gründet die weitere Einführung von Gesamtschulen auf nachweisbaren Vorteilen dieser Schulart? Spricht der Innenminister in seiner Konferenz mit islamischen Verbänden wirklich mit den Vertretern von Muslimen in Deutschland, wenn von ihnen rund 90% nicht organisiert sind?<sup>5</sup> Diese drei von vielen Beispielen zeigen, dass heutiger Politik nachweisbar oft nur ideologische oder taktische Scheinrealität statt Tatsachen zugrunde liegen. Geht Politik von Tatsachen aus, sind zwar auch falsche Entscheidungen möglich, aber sie sind weniger wahrscheinlich, besser korrigierbar, weil Fehlerursachen klarer erkennbar sind, und letztlich auch demokratischer, weil für den Bürger nachvollziehbar.

Gerechtigkeit hat in allen Kulturen einen sehr hohen Wert als Forderung an den Einzelnen, an gesellschaftliche Zustände und an den Staat. Zwar ist sie nicht leicht herzustellen, da sie stark subjektiv und zeitbedingt empfunden wird, aber sie fußt auf einem einfachen Grundsatz des gesunden Menschenverstandes. Ihn drückt meines Erachtens am prägnantesten der Wahlspruch des ersten preußischen Königs und die Inschrift seines Schwarzen Adlerordens aus: *Suum cuique – Jedem das Seine*.

Leistet das unser Staat, wenn er heute durch all seine Steuern und Abgaben den Bürgern über die Hälfte ihres Geldes abnimmt? Ist er gerecht, wenn er Gleiches ungleich behandelt, indem er einer Mutter, die viel verdient hat, für die Betreuung ihres Kindes viel mehr Geld zahlt, als einer, die weniger gut gestellt war? Wird jedem das Seine gegeben, wenn öffentliche Schulen nicht mehr gleiche Chancen wie teure Privatschulen eröffnen? Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Wenn das Volk für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft zusammenhalten soll, sind gerechte Verhältnisse, die gerade Deutschen Herzenssache sind, unbedingte Voraussetzung.

---

Krieg. Bevor er da losschlug, hatte er aber Maria Theresia dreimal vergeblich um eine Garantie ersucht, ihn in den nächsten zwei Jahren nicht anzugreifen. Vgl. W. Venohr, *Fritz der König*, S. 63, 80, 118

5 Lale Agkün in WELT am SONNTAG v. 30.03.08, S.12

Wahrheit und Gerechtigkeit in der Außenpolitik sind aus vielerlei Rücksichten besonders schwer einzuhalten. Doch müssen solche Einseitigkeiten sein, wie Drohungen gegen ein Land, weil es sein Recht zur friedlichen Nutzung der Atomkraft wahrnimmt, oder das bedingungslose Einbeziehen eines Konflikt-Staates in die eigene Staatsräson?

Ein wahrhafter und gerechter Umgang mit anderen Ländern verleiht Glaubwürdigkeit. Sie ist für Deutschland ein Muss, will es seine Interessen mit Gewicht vertreten. Das aber ist auch wesentlich für verlässliche Partnerschaften, die Deutschland zum Meistern der Zukunft braucht.